

Plänter-WALDBLATT

Informationen des Bürgerkomitees Plänterwald, offen für alle Bürger und Initiativen im Ortsteil Plänterwald

www.pro-plaenterwald.de

Ausgabe: November 2016


Chorgemeinschaft „pro musica“ Treptow e. V.



„In stiller Nacht“ ADVENTSKONZERTE

im RATHAUS TREPTOW

Gastchor: Reichweinsingerverein
Neukölln

10.+11. Dezember 2016, jeweils
11Uhr ; Eintritt 7€, (Einlass 10:30Uhr)

Gegen alle Vernunft

fand Lollapalooza am 10. und 11. September 2016 im Gartendenkmal Treptower Park unweit der sowjetischen Soldatengräber statt. Aller massiver Bürgerprotest, die mahnen-den Worte von Botschaftern und anderen Persönlichkeiten wurden ignoriert. Nun ist alles vorbei und die Politiker, die das Gartendenkmal einem hohen Risiko ausgesetzt hatten, behaupten nun, dass alles wunderbar gelaufen sei. Dem konnten sich die Teilnehmer einer dritten selbstorganisierten Bürgerversammlung in der Woche nach Lolla nicht anschließen. Lollapalooza oder welche kommerziellen Mega-Events auch immer: *"Nie wieder im Treptower Park!"* Das bleibt unsere Haltung auch nach der

glimpflich abgelaufenen Veranstaltung. Glimpflich schon, aber ein Erfolg nur für die, die die Werbegelder und den überhöhten Eintritt einkassiert haben.

Für drei Wochen (nicht für nur zwei Tage!) belagerte Lollapalooza jeden zugelassenen Winkel in unserem eigentlich geschützten Park. Ein Verkehrschaos wurde billigend in Kauf genommen. Reguläre Busverbindungen wurden gekappt. Die angeblich aller 10 Minuten fahrenden Shuttlebusse wurden nur selten und zufällig gesichtet. Das Ordnungsamt schien ein arbeitsfreies Wochenende eingelegt zu haben. Wildes Parken auf den Fußwegrändern der Köpenicker Landstraße und Fahrradströme in Gegenrichtung auf der Straße Am Treptower Park blieben unbeachtet.

Bürgerrechte auf friedliches Wohnen und Benutzung öffentlicher Grünanlagen und Spielplätze wurden außer Kraft gesetzt, und auch das nicht nur für das Party-Wochenende.

Der Umgang mit der Anwohnerschaft war in besonderem Maße rücksichtslos. Auf der Basis des Gerichtsurteils des Verwaltungsgerichts liegt ein klarer Rechtsbruch vor. Das Verwaltungsgericht hatte die Genehmigung des Festivals nur mit der Auflage bestätigt, Ersatzwohnraum zur Verfügung zu stellen. Weder wurde dies den betroffenen Anwohnern durch den Veranstalter mitgeteilt, noch wurde die Einhaltung der Auflage durch die zuständigen Behörden überwacht. Viele Anwohner erfuhren

per Zufall oder im Nachhinein von ihrem Anspruch auf Hotelgutscheine, Festivaltickets bzw. andere Entschädigungen; einige wurden sogar bei telefonischer Anfrage abgewimmelt. Nicht verwunderlich, dass nur wenige die Angebote nutzen konnten. Und das wurde hinterher auch noch für die „Haltlosigkeit der Proteste“ benutzt.



Mit der verspäteten Genehmigung, (fünf Tage vor dem Aufbau) bestand für das Verwaltungsgericht kein Entscheidungsspielraum mehr für die Anordnung der Durchführung an anderem Ort, die drei Monate früher, wo auch schon klar war, dass genehmigt wird, noch möglich gewesen wäre. Die abgewiesenen Anwohnerklagen müssten zur weiteren Klärung in die nächste Instanz gehen, was aufgrund der hohen Kosten kaum machbar ist.

Der Image-Schaden für die Stadtpolitik, die infolge Fehlmanagement einen wertvollen Park als Ausweichlösung für diese private Mega-Party angeboten hatte, wird nachhaltiger sein. Ein neues Stadtparlament und ein neuer Senat haben viele Fehlleistungen der letzten Jahre aufzuarbeiten. Diese Entscheidung gehört dazu. Und auch die neue BVV Treptow-Köpenick darf diesen unglaublichen Vorgang nicht einfach zu den Akten legen.

Die Antilolla-Proteste waren trotz allem nicht erfolglos. Eine Vereinbarung aus Hinterzimmern der Politik wurde ins Licht der Öffentlichkeit gezogen. Und durch den Beschluss der BVV Treptow/Köpenick und die mediale Präsenz des Themas, die durch unsere öffentliche Empörung wesentlich induziert wurden, war der Spielraum für weitere Kungeleien mit dem Veranstalter deutlich eingeschränkt. Es bleibt aber ein bitterer Nachgeschmack für die Bemühungen im Bezirk, Bürger an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Selbst der einfachen Informationspflicht der Ämter wurde widerwillig und viel zu spät entsprochen.

Beim Lolla-Protest haben wir begriffen, wie wichtig die Zusammenarbeit der lokalen Bürgerbewegungen und Bürgerinitiativen ist. Diese Verbindungen werden wir festigen und ausbauen! Bürgerkomitee Plänterwald

Ausgelesene Bücher für einen guten Zweck abgeben: bei Degenhardt's Friseur in der Köla92. Der Erlös des preiswerten Weiterverkaufs geht als Spende an das Bürgerkomitee. Wir danken für die Initiative und die schon erhaltenen Gelder!



Einstellung der winterlichen Vogel-fütterung im Wohnggebiet

Liebe Mieter in der Verwaltung der VEGIS, sprechen Sie schon heute mit den hier ansässigen und freilebenden Vögeln und machen Sie ihnen klar, dass sie in der bevorstehenden Winterzeit nicht mehr mit einer futtermäßigen Unterstützung rechnen können. Sie sollten lieber das Wohnggebiet vorsorglich verlassen und sich ein anderes Biotop suchen.

Ursache ist eine Bewohnerinformation der VEGIS im Auftrag der Eigentümerversammlung vom 3. Mai 2016, in der die betreffenden Bewohner aufgefordert werden, „weder auf dem Balkon noch auf den Grünflächen der Wohnanlage die Tiere zu füttern“.

Auf eine schriftliche Anfrage beim Naturschutzbund Deutschland e. V. (NABU) vom 7.5.2016 erfolgte eine schriftliche Antwort durch den Referenten für Umweltinformationen, Herrn J. Heiermann, vom 3.06.2016. Hierbei wurde bestätigt, dass die „Eigentümergeinschaft festlegen darf, ob auf gemeinschaftlich genutzten Mietflächen Vögel oder andere Tiere gefüttert werden dürfen oder nicht.

Eine Vogelfütterung auf dem eigenen Balkon kann aber nicht verboten werden, wenn die Fütterung im üblichen Rahmen bleibt und beispielsweise keine Großvögel in größeren Stückzahlen regelmäßig angelockt werden. Hierzu gibt es bereits mehrere Gerichtsurteile (im Internet zu finden), die bestätigen, dass solch eine Vogelfütterung zur ordnungsgemäßen Nutzung des Wohneigentums bzw. zur Mietwohnung gehört“ (Zitatende).

(Die zitierten Schreiben liegen als Original vor und wurden zur allgemeinen Information freigegeben.)

Hans-Peter Tennhardt, Platanenweg 46

Mietenwahnsinn beenden!

Mit diesem Bedürfnis trafen sich am 29. August 16 über 60 Bürgerinnen und Bürger im Rathaus. Wie im Vorjahr reichten die Stühle kaum. Wir wollten vor der Berlinwahl von Kandidaten erfahren, was ihre Parteien tun werden, um das aus dem Ruder gelaufene Mietenproblem zu lösen. In der Einleitung betonten wir, dass man schon etwas verwundert ist, wenn man die Mietenplakate der

verschiedenen Parteien betrachtet und feststellt, dass alle so ziemlich dasselbe fordern. Aber welche Politik hat zu dem jetzigen Missstand geführt? Und wo liegen denn nun die Unterschiede? Keiner widersprach unseren Sorgen, aber eine deutliche Lösung verlangt systematische Änderungen, z.B. die Rückbesinnung auf die gemeinnützige Wohnungswirtschaft, wie sie Katalin Gennburg von der Linken forderte und nicht nur das „bauen, bauen, bauen“, was sonst gepredigt wird.



Mietpreisbremse sieht anders aus:

Eine Wohnung in der Köpenicker Landstraße wird für **8,50€/m²** angeboten. Betrachtet man die Merkmale nach der stattgefundenen Renovierung ergäbe sich nach Mietspiegel höchstens **6,50€/m²**. Das sind Aufschläge von 2€/m², also etwas mehr als 30%. Der Trick besteht darin, die Wohnung als „modernisiert“ anzubieten, wobei neben echten Modernisierungen auch alle Instandhaltungen aufgeführt werden. Bei Modernisierung aber gilt die Mietpreisbremse nicht. Also ganz legal steigen hier die Neuvermietungsmieten immer, immer weiter. H.B.

Unser Problem, dass die Bestandsmieten bereits voll teilnehmen am gigantischen Mietanstieg in Berlin und das von der Politik kaum beachtet wird, hatten nicht alle Gäste verstanden.

Zum Thema Mietpreisbremse erläuterte Henry Baumfelder, auf welche Weise die Neuvermietungsmieten bei uns in Plänterwald steigen (siehe

Kasten). Auf alle Fälle, so das Facit, werden wir genau beobachten, wie es am Mietenmarkt weitergeht. Alle Kandidaten erhielten den Auftrag, nach der Wahl im Abgeordnetenhaus unsere Interessen zu vertreten.

Gewählt wurde in unserem Wahlkreis Katalin Gennburg von der Linken. Herzlichen Glückwunsch, wir werden sie brauchen!

Manfred Mocker, Henry Baumfelder

Erinnerung an RUTH WERNER

Im Jahr 2017 liegt der 110.Geburts-tag unserer langjährigen und berühmten Mitbürgerin Ruth Werner. Am bekanntesten wurde die Antifaschistin und Schriftstellerin mit ihrem Lebensroman „Sonjas Report“, einem Bestsellerroman aus DDR-Tagen, der 2006 neu verlegt wurde und weltweit Verbreitung und Anerkennung erfuhr. Grundlage war ihr reales Leben als Kundschafterin für den sowjetischen militärischen Geheimdienst. In der DDR wurde sie eine vielgelesene Autorin auch für viele Kinderbücher. Wir wollen Ruth Werner in diesem Jahr besonders würdigen, Menschen mit ihrem Werk und ihrem Leben bekannt machen und eine dauerhafte sichtbare Ehrung in ihrem Heimatort erreichen.

Manfred Mocker

Volkssolidarität mit Gegenwind von der Zentrale

Das Jahr neigt sich seinem Ende zu, aber es ist noch viel zu tun. Unsere Ortsgruppe besteht immerhin aus 140 Mitgliedern, das ist die größte Organisation hier. Dabei sind schon viele Mitglieder in Seniorenheime gezogen, meist in die Nähe ihrer Kinder, und manche leben auch nicht mehr. Es ist immer traurig, wenn wir Mitglieder auf dem letzten Weg begleiten. Unsere Organisation steht dafür, Menschen solidarisch zu begegnen und in sonst kalten Zeiten ein

Wirgefühl zu vermitteln. Die Mittel dazu sind durch zentrale Beschlüsse vom Oktober 2014 für die Basis schmaler geworden. Statt 40% stehen uns nur noch 30% der Beiträge zur Verfügung, d.h. uns fehlen pro Jahr etwa 500€!

Außerdem soll jedes Mitglied 3€ Monatsbeitrag zahlen, ob sie oder er dazu in der Lage ist oder nicht. Auf jeden Fall wird die Abführung an die Zentrale so bemessen, als hätten alle 3€ bezahlt. Wir haben auch Mitglieder, die da nicht mitmachen und nun lieber aus der VS austreten. Diese ganze Situation brachte viel Unruhe mit sich und behinderte unsere solidarische Arbeit, die wir aber trotz alledem auch im Jahr 2016 fortgeführt haben. Dafür sei allen Helfern und Mitstreitern gedankt.

Christa Brunow, Gruppe 014

Vorsicht: GASAG täuscht! Nichts unterschreiben!

Mit vorsätzlich falschen Angaben zum Verbrauch werden Mieter, die lediglich wenig Gas zum Kochen benötigen, in neue Tarife mit zwar geringem Arbeitspreis, aber mit erhöhter monatlicher Grundgebühr gelockt. Im Ergebnis kann die Jahresrechnung statt zu sinken um 30€ ansteigen. M.M.

Bürgerkomitee Plänterwald

Sprecherinnen: U. Brandt, Dammweg1; Dr. R. Gerlach, Dammweg 36; K.Klingner, Erich-Lodemannstr 111; R. Naue, Erich-Lodemannstr. 79; G. Pladerer, Köla 107; I. Wasmund, Willi-Sänger-Str. 22;

Sprecher: D. Kaldekewitz, Köla 83; O. Kortt, Bergastr.28; K. Mannewitz, Dammweg 69; Dr. M. Mocker, Köla 109;

Haben Sie Meinungen und Anregungen (auch kleine Spenden für den Druck) für ein solches Plänter-Waldblatt, dann wenden Sie sich an das Bürgerkomitee. Wir bedanken uns für die erhaltenen Anregungen und Geldspenden.

----- Satz und Entwurf: M.Mocker